

Umweltschutz soll belohnt werden

Klimadebatte: Vertreter von Ministerium hält nichts von schärferen Gesetzen

Traunstein – Der Kreisverband Traunstein der Frauen-Union (FU) befasste sich, wie er betonte, unabhängig vom kommunalen Wahlkampf mit dem Thema „Klimawandel - Droht der globale Infarkt?“. Dazu hatte er in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung Michael G. Möhnle, den Leiter der Online-Kommunikation im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, als fachkundigen Referenten in den „Sailer-Keller“ geholt.

Bei den dringend notwendigen Klimaschutzmaßnahmen müsse zwar vor allem global gedacht und gehandelt werden, sie seien aber ebenso Herausforderungen für Privathaushalte und jeden einzelnen Bürger, führte die FU-Kreisvorsitzende Dorli Kandlberger eingangs aus.

Möhnle erklärte, er wolle nicht mit Emotionen mani-

pulieren, sondern lediglich Fakten darstellen und andeuten, „was bei einem ‚Weiterwie-bisher‘ auf uns zu kommt“. Es bedeute für heute sechs und künftig neun Milliarden Menschen ein „Verdursten oder Verhungern“, einen Anstieg des Meeresspiegels sowie die „dramatische Zunahme“ von Naturkatastrophen und globalen Seuchen, um nur einige Beispiele zu nennen.

„Die entscheidenden Faktoren für unsere Zukunftssicherung sind saubere Energie, schadstofffreie Mobilität sowie eine möglichst Umwelt und Ressourcen schonende Wirtschaft“, betonte der Referent. Jedoch würden bis 2010 über eine Milliarde Fahrzeuge mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren auf den Straßen der Welt fahren und das „Treibhaus Erde“ weiter anheizen, falls keine neue technologische Grundlage geschaffen werde.

Bis 2050 werde sich der globale Energiebedarf noch einmal verdoppeln und die globale Wirtschaftsleistung vervierfachen, trotz aller Sparmaßnahmen. Diesen Zukunftsprognosen müssten sich Wirtschaft und Politik heute stellen, betonte Möhnle.

Die Diskussion ergab, dass weiter steigende Umweltsteuern, noch mehr Umweltgesetze und Umweltvorschriften der falsche Weg seien. Umwelt- und Ressourcenschutz sollten belohnt und nicht bestraft werden. Der weltweite Wettbewerb um die umweltfreundlichste Art von Mobilität und Energiegewinnung habe allerdings längst begonnen, so Möhnle. Die Rettung des Lebensraumes sei der Technologiewechsel von Öl auf Wasserstoff. Dieser müsse in Deutschland und allen EU-Staaten bis 2020 erfolgt sein. Daran müsse mit aller Kraft

gearbeitet werden. Im Freistaat Bayern gäbe es bereits eine „Wasserstoff-Initiative“. Diese müsste zu einer echten „Wasserstoff-Offensive“ werden.

Den Anwesenden wurde mit diesen Ausblicken auch ein Stück Hoffnung für die Zukunft vermittelt, wie es der Vorsitzende des CSU-Arbeitskreises Umwelt, Hans Strasser ausdrückte. Er könne sagen, dass sowohl der Landkreis als auch einzelne gemeindliche Vorreiter sich der Umweltproblematik stellen und einiges auf den Weg brächten. „Ganz besonders freue ich mich zu hören, dass die wegen ihrer offiziellen Umweltpolitik hart kritisierten USA die Wasserstoff-Wirtschaft mit 1,7 Milliarden Dollar fördern und in den nächsten Jahren ihren Vorsprung auf diesem Weg weiter ausbauen wollen“. Dies sei ein gutes Signal weltweit, so Strasser.

bjr